

mit Schuljahresplaner  
2021/2022



**TEILEN  
STATT  
SPALTEN**

Ungleichheit  
im Blick



**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

Juli/August  
2021

## Ungleichheit im Blick

- 3 **Neuartiges Virus traf auf alte Verteilungsmechanismen**  
von Prof. Dr. Christoph Butterwegge
- 5 **Vom inakzeptablen Umgang der Bildungswissenschaft mit der Schulstruktur**  
von Dr. Brigitte Schumann
- 7 **Corona: Bildungspolitische Vorschläge zum Umgang mit Lernlücken**  
von Prof. Marcel Helbig
- 9 **Mehr Präsenz wagen!**  
**Wie wir die rein digitale Lehre hinter uns lassen können**  
von Dr. David Bosold und Dr. Roberto Lo Presti
- 11 **Diversität und Digitalisierung an der Hochschule – Chancen in der Krise?**  
von Michael Bayer
- 13 **Arbeitskämpfe und Digitalisierung – Erfahrungen und Perspektiven**  
von Wolfgang Häberle

## Was es sonst noch gibt

- 15 **Tarifrunde Länder ab Oktober 2021**  
**Mehr Geld und mehr Zeit**  
von Anton Salzbrunn
- 16 **Berichte**  
- Aktionstag: 150 Jahre § 218  
- Lesekreis des Anti-Klassismus-Referats an der LMU bietet ersten Einblick

## Rubriken

- 18 **Geburtstage und Jubiläen**
- 20 **Kontakte**

**Liebe Leserinnen und Leser,  
die DDS-Redaktion verabschiedet sich in die Sommerpause. Unsere nächste Ausgabe erscheint im September. Wir wünschen allen eine gute Zeit und möglichst wenig Stress. Und bleibt vor allem gesund! Die Redaktion**

**Liebe Kolleg\*innen,**

wegen der dynamischen Situation hinsichtlich des Infektionsschutzes und ihrer Auswirkungen können gba-Seminare im Moment leider nur mit wenig Vorlauf und per E-Mail an GEW-Mitglieder ausgeschrieben werden. Bitte achtet deshalb bei Interesse darauf, dass der Mitgliederverwaltung eure aktuelle Adresse vorliegt, und teilt diese doch im Zweifelsfall gerne nochmals mit: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de)

**GEW Bayern**

## Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder derzeit nur nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte E-Mail senden: [rechtsstelle@gew-bayern.de](mailto:rechtsstelle@gew-bayern.de)  
Tel.: 089 544081-14

**Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

## Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter [gew-bayern.de/anmeldung](http://gew-bayern.de/anmeldung) selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de) Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

**Ungleichheit im Blick.** Im Juli letzten Jahres veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie, die die prozentuale Verteilung der Vermögen in Deutschland im Vergleich zu vorherigen Studien korrigierte. Demnach besitzt ein Zehntel der Bevölkerung in Deutschland nicht – wie bisher angenommen – 59 Prozent der Vermögen, sondern 67 Prozent. Nimmt man das reichste Prozent der Bundesbürger\*innen in den Blick, zeigt sich, dass dieses 35 Prozent des Gesamtvermögens ihr Eigen nennt. Bisher ging man von knapp 22 Prozent aus. Angesichts von Corona und der damit verbundenen, üppigen Staatshilfen für Großunternehmen und Konzerne bzw. Notgroschen für Soloselbstständige, Armutsbedrohte und Arme werden künftige Statistiken zur Vermögensverteilung noch verheerendere Ergebnisse liefern, darüber sind sich Expert\*innen schon jetzt einig.

Trotzdem raten die Autor\*innen der DIW-Studie von einer Neiddebatte ab. Neidisch könnte man aber schon werden, wenn man bedenkt, dass z. B. Lufthansa bei einem Jahresumsatz von 36,4 Mrd. EUR (2019) ein Unterstützungspaket in Höhe von 9 Mrd. EUR erhielt, obwohl das Unternehmen die Steueroasen Malta, Irland, Schweiz, Kaimaninseln, Guam, Niederlande, Panama, Singapur und Vereinigte Arabische Emirate kräftig nutzt. An Umweltauflagen waren die Hilfen übrigens auch nicht gebunden. Dafür profitierte das Unternehmen zudem von der Kurzarbeit (vgl. [fragdenstaat.de/aktionen/coronahilfen](http://fragdenstaat.de/aktionen/coronahilfen)).

Demgegenüber wurden Hartz-IV-Empfänger\*innen einmalig mit lediglich 150 EUR abgespeist. Eine lächerliche Summe. Hartz IV beantragen mussten auch viele GEW-Mitglieder, z. B. die Soloselbstständigen aus der Erwachsenenbildung, die – von Coronahilfen meist ausgeschlossen – schnell mittellos wurden.

Richtig ist aber, dass Neid nicht weiterhilft, wenn das Augenmerk auf dem Ziel, die Verhältnisse zu ändern, liegt. Hierfür ist Gegenwehr das Mittel der Wahl: Bundesweit stellen bereits einige Bündnisse berechnete Forderungen auf. In Bayern demonstrierten anlässlich der Gesundheitsminister\*innenkonferenz am 16. Juni die Pflegekräfte unter dem Motto »Solidarisch Zeichen setzen«. Am 17. Juli, kurz nach Erscheinen dieser DDS, geht es wieder auf die Straße: Das Bündnis »Superreiche zur Kasse! Für die Kosten der Krise!« (vgl. S. 17 dieser Ausgabe) ruft zum Protest gegen die gesellschaftliche Spaltung auf.

Dorothea Weniger

### Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern  
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de) • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

**Redaktionsleiterin:** Dorothea Weniger, Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: [dorothea.weniger@gew-bayern.de](mailto:dorothea.weniger@gew-bayern.de)

**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Verena Escherich, Kilian Gremminger, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis:** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: IMAGO / Müller-Stauffenberg

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

**Anzeigenannahme:** nur über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser\*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

# Neuartiges Virus traf auf alte Verteilungsmechanismen



Foto: IMAGO / Emmanuele Contini

Während der Covid-19-Pandemie ist die soziale Ungleichheit – wie unter einem Brennglas, heißt es meist – deutlicher sichtbar geworden. Sie hat sich aber auch durch die monatelange Krisensituation drastisch verstärkt.

Sucht man nach den Ursachen, lassen sich ein gesundheitlich oder pandemiebedingter Polarisierungsprozess, ein ökonomisch oder rezessionsbedingter Polarisierungsprozess und ein verteilungspolitisch oder subventionsbedingter Polarisierungsprozess voneinander unterscheiden, die im Folgenden analysiert werden.

## Pandemie selbst potenziert gesundheitliche Ungleichheit

Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse und Gesundheitszustand (Zahl und Schwere der sozial bedingten Vorerkrankungen) üben einen signifikanten Einfluss auf das Infektions-, Morbiditäts- bzw. Mortalitätsrisiko der Bundesbürger\*innen aus, die deshalb ganz unterschiedlich von der Pandemie betroffen sind. Hieß es früher aufgrund der je nach Geschlecht immer noch

zehn Jahre höheren Lebenserwartung von Wohlhabenden und Reichen »Wer arm ist, muss früher sterben«, so änderte sich diese Faustregel durch die Pandemie geringfügig: »Wer arm ist, muss eher sterben«, heißt es jetzt, weil das Risiko, an Covid-19 zu sterben, für Wohlhabende und Reiche sehr viel niedriger ist.

Am härtesten traf das als SARS-CoV-2 bezeichnete Virus ausgerechnet die Immun- und die Finanzschwächsten, also zwei personell weitgehend identische Bevölkerungsgruppen. Arbeitslose, Abgehängte und Arme weisen häufiger als die übrigen Gesellschaftsmitglieder sozial bedingte Vorerkrankungen wie Adipositas (Fettleibigkeit), Asthma oder Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit) auf. Auch katastrophale Arbeitsbedingungen (z. B. in der Fleischindustrie) sowie beengte und hygienisch bedenkliche Wohnverhältnisse (z. B. in Hochhäusern und Flüchtlingsheimen) erhöhten das Risiko für eine Infektion mit dem neuartigen Coronavirus bzw. für einen schweren Covid-19-Krankheitsverlauf.

Überwiegend einkommens- und immunschwach sind Obdach- und Wohnungslose, aber auch andere Bewohner\*innen von Gemeinschaftsunter-

künften wie Strafgefangene, Geflüchtete, (süd)osteuropäische Werkvertragsarbeiter\*innen der Subunternehmen deutscher Großschlachtereien bzw. Fleischfabriken und nicht deutsche Saisonarbeiter\*innen in der Landwirtschaft, außerdem Migrant\*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Prostituierte, Erwerbslose, Geringverdiener\*innen, Kleinstrentner\*innen und Bezieher\*innen von Transferleistungen (Empfänger\*innen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen für Asylbewerber\*innen).

## Pandemie, Ökonomie und Krise: wirtschaftliche Ungleichheit verstärkt sich

Wie nie zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Gefolge des ersten Shutdowns im Frühjahr 2020 erkennbar, dass ein großer Teil der Bevölkerung trotz eines relativ hohen Lebens- und Sozialstandards sowie entgegen den Beteuerungen der politisch Verantwortlichen, die Bundesrepublik sei eine »klassenlose« Gesellschaft mit

gesicherter Wohlständigkeit all ihrer Mitglieder, nicht einmal kurze Zeit ohne seine ungeschmälernten Regeleinkünfte auskommt.

Durch wochenlange Kontaktverbote, Ausgangsbeschränkungen und Einrichtungsschließungen wurde die ohnehin brüchige Lebensgrundlage der ärmsten Menschen (Bettler\*innen, Pfandsammler\*innen und Verkäufer\*innen von Straßenzeitungen) zerstört, weil fehlende Passant\*innen und die Furcht der verbliebenen davor, sich zu infizieren, manchmal zum Totalausfall der Einnahmen führten, was stärkere Verelendungstendenzen in diesem Sozialmilieu nach sich zog.

Die als Reaktion auf die Pandemie behördlich verordnete Schließung von Geschäften, Gaststätten, Hotels, Clubs, Kinos, Theatern und anderen Einrichtungen hatte erhebliche wirtschaftliche Einbußen für die Eigentümer\*innen und die dort Tätigen, aber auch Konkurse und Entlassungen zur Folge. Einerseits blieben Kurzarbeit für Millionen Beschäftigte, Insolvenzen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Entlassungen (z. B. in der Gastronomie, der Touristik und der Luftfahrtindustrie) nicht aus, andererseits realisierten Großkonzerne krisenresistenter Branchen (z. B. Lebensmittel-Discounter, Drogeriemärkte, Versandhandel, Lieferdienste, Digitalwirtschaft und Pharmaindustrie) in der Coronakrise sogar Extraprofite.

Zu den Hauptprofiteur\*innen des Krisendesasters gehörten einige der profitabelsten Unternehmen mit den reichsten Eigentümer\*innen. Unter dem Druck der Coronakrise, die zu Einkommensverlusten durch Kurzarbeit, Geschäftsaufgaben und Arbeitslosigkeit geführt hat, kauften mehr Familien bei Lebensmittel-Discountern ein, um Geld zu sparen, wodurch die Besitzer von Ladenketten wie Aldi Nord und Aldi Süd, die ohnehin zu den vermögends-ten Deutschen gehören, noch reicher geworden sind.

### Verteilungspolitik: Unsummen für die Wirtschaft – Brosamen für die Armen

Bund, Länder und Gemeinden haben in der Coronakrise nach kurzem Zögern riesige Hilfspakete geschnürt, die aus Finanzspritzen, Bürgschaften

und Krediten bestanden. Letztere kamen in erster Linie großen Unternehmen zugute, während kleine und mittlere Firmen mit Zuschüssen unterstützt wurden, die laufende Betriebskosten decken, aber von Soloselbstständigen nicht zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts verwendet werden sollten. Während zahlreiche Unternehmen, darunter auch solche mit einer robusten Kapitalausstattung, von der Bereitschaft des Staates zu einer hohen Neuverschuldung profitierten, kamen die sozial Benachteiligten eher zu kurz.

Zu den von der Pandemie finanziell stark geschädigten Gruppen gehörten die Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Das bei einer um mindestens 50 Prozent reduzierten Arbeitszeit nach dreimonatigem Bezug auf 70 bzw. 77 Prozent und nach sechsmonatigem Bezug auf 80 bzw. 87 Prozent angehobene Kurzarbeitergeld schützte sie nicht vor Armut. Überstundenzuschläge, Einmalzahlungen (z. B. Gewinnbeteiligungen oder Jahresprämien) sowie steuer- und beitragsfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit bleiben bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes unberücksichtigt, was im Falle der »Kurzarbeit Null« nicht bloß für Geringverdiener\*innen drastische Einbußen gegenüber ihrem Lohn und gravierende Einschränkungen ihres gewohnten Lebensstandards mit sich brachte.

Studierenden, die häufig ihren Nebenjob (z. B. in der Gastronomie) verloren, der ihren Lebensunterhalt bis dahin gesichert hatte, stand weder Kurzarbeiter- noch Arbeitslosengeld (I bzw. II) zu, was manchmal den Studienabbruch zur Folge hatte. Nothilfe des Bundes in Höhe von maximal 500 Euro konnten Studierende nur erhalten, wenn sie weniger als diesen Betrag auf ihrem Konto hatten.

Die am meisten beachtete Maßnahme des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets der Großen Koalition war die zeitweilige Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 16 Prozent bzw. von sieben auf fünf Prozent. Je umsatzstärker ein Unternehmen war, umso stärker profitierte es von der Mehrwertsteuersenkung, erst recht natürlich dann, wenn es diese nicht an seine Kundschaft weitergab. Bei der Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags, der Einführung einer degressiven Abschreibung für Abnut-

zung (AfA) mit einem höheren Faktor und maximal 25 Prozent pro Jahr für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens 2020/21 und der unbefristeten »Modernisierung« des Körperschaftsteuerrechts (Einführung eines Optionsmodells zur Körperschaftsteuer für Personengesellschaften) handelte es sich noch weniger um passgenaue Hilfen, sondern um reine Steuergeschenke, die der Wirtschaftsflügel von CDU und CSU den Unternehmer\*innen schon lange machen wollte.

Weil der Bund seinen Kompensationszahlungen pauschal 75 Prozent des im entsprechenden Vorjahresmonat erzielten Umsatzes statt der betrieblichen Fixkosten zugrunde legte, standen manche Unternehmer\*innen zeitweilig sogar besser als vor der Pandemie da. In der staatlichen Subventionspraxis schlug sich die wirtschaftsliberale Ideologie nieder, nach der ein\*e Firmeninhaber\*in per se als »Leistungsträger\*in« der Gesellschaft gilt, wohingegen sozial benachteiligte Personengruppen eher zu den Leistungsverweigerer\*innen gezählt werden.

von Prof. Dr.  
Christoph Butterwegge

lehrte bis 2016  
Politikwissenschaft an der  
Universität zu Köln



Sein Buch »Ungleichheit in der Klassengesellschaft« erschien gerade in der 2., aktualisierten Auflage (2021) im PapyRossa Verlag.





# Vom inakzeptablen Umgang der Bildungswissenschaft mit der Schulstruktur



Die Daten des nationalen PISA-Berichts 2018<sup>1</sup> hätten für das deutsche PISA-Konsortium endlich Anlass sein müssen, die schulstrukturellen Gründe aufzudecken, die die großen Leistungsunterschiede von Jugendlichen an nicht gymnasialen Schularten gegenüber Gymnasiast\*innen erklären.

Deutschland liegt mit 585 Punkten bei PISA 2018 signifikant über dem OECD-Durchschnitt von 487 Punkten. In der Lesekompetenz, in Mathematik und in den Naturwissenschaften ist der Anteil der leistungsschwachen Schüler\*innen in nicht gymnasialen Schularten jedoch signifikant gestiegen und der Leistungsabstand zu Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums hat sich vergrößert. Er beträgt in der Lesekompetenz ca. drei Schuljahre.

## Weißer Salbe zur Beruhigung

Im deutschen PISA-Bericht<sup>2</sup> wird dazu zwar festgestellt: »Dass sich 29

Prozent der Jugendlichen an nicht gymnasialen Schularten auf den untersten Kompetenzstufen konzentrieren und nur über sehr eingeschränkte Lesekompetenzen verfügen, ist ein besorgniserregender Befund.« Aber die von dem Forscher\*innenteam zur Problemlösung verabreichte Medizin lautet schlicht: mehr Förderung für leseschwache Kinder und Jugendliche.

Auch für die Leistungsdisparitäten in Mathematik, wo ein Fünftel der Schüler\*innen lediglich über rudimentäre Kenntnisse verfügt, wird weißer Salbe verschrieben. Es gelte, »sich auf diese Gruppe noch stärker zu konzentrieren und über gezieltere Unterstützungsmaßnahmen nachzudenken. Die Einführung von Bildungsstandards und ihre Implementation sei ein wichtiger Schritt gewesen.« Darüber hinaus sei es erforderlich, »dass Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und Politik jeweils Verantwortung für den Erfolg des Lernens übernehmen müssten«. Wer hätte das gedacht!

## Soziale Selektivität der hierarchischen Schulstruktur

Dass die Frage der Bildungsgerechtigkeit massiv berührt ist, wenn alle Schularten sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen müssen, während das Gymnasium sich darum wenig kümmern muss, wird von den PISA-Forscher\*innen nicht thematisiert. Dagegen erkennt Joachim Lohmann<sup>3</sup>, der sich intensiv mit PISA 2018 beschäftigte, in den Leistungsunterschieden eine soziale Diskriminierung der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler.

Da die PISA-Daten erlauben, die Leistungs- und Sozialdaten auch mit den Schulsystemen zu korrelieren, kommt Lohmann zu dem Ergebnis, dass 37 Prozent der Differenzen in den Leistungsergebnissen der PISA-Länder darauf beruhen, wann die Schülerinnen und Schüler getrennt werden. Je früher die Schultrennung, desto schärfer fal-

len die soziale Selektivität und die soziale Leistungsdiskriminierung aus. »Weil Deutschland die Schülerinnen und Schüler am frühesten separiert und auch noch auf vier verschiedene Schularten aufsplittet, hat es das schärfste schulische Selektionssystem«, so Lohmanns Urteil.

Dass es diesen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Schulstruktur und der engen Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg im deutschen Schulsystem gibt, ist keineswegs neu. 2008 hatte die OECD sich deshalb in ihrem Wirtschaftsbericht über Deutschland zu der bildungspolitischen Empfehlung veranlasst gesehen, die frühe Aufteilung zehnjähriger Kinder auf verschiedene Schulformen aufzugeben.<sup>4</sup>

## Die Unwirksamkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse

Das Beschweigen schulstruktureller Zusammenhänge ist eine Art, wissenschaftliche Erkenntnisse unwirksam zu machen. Eine andere Variante besteht darin, die Schulstruktur zwar zu problematisieren, aber strukturelle Änderungen für aussichtslos zu erklären. Das jüngste Beispiel dafür gibt Prof. El-Maffaalani ab.

Dieter Zielinski von der GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e. V.) setzte sich mit den Thesen in seinem Buch »Mythos Bildung« auseinander. Er kritisiert, dass El-Maffaalani hinter seinen eigenen Erkenntnissen zurückbleibt. Zielinski schreibt, »dass eine frühe Selektion Chancengleichheit erhöht und die Entscheidungen vielleicht ausgewogener ausfallen, wenn der Übergang in unterschiedliche Bildungsgänge erst im Alter von 15 oder 16 Jahren erfolgte, wie in den meisten OECD-Staaten. Stattdessen favorisiert er (El-Maffaalani; B. S.) ein zweigliedriges System«.

In seiner Erwiderung zu der Kritik rechtfertigt El-Maffaalani seine bildungspolitischen Vorstellungen nicht als seine »persönliche Idealvorstellung«, sondern als »tragfähigen Kompromiss«.<sup>5</sup> Die Widersprüche im Bildungssystem radikal auflösen zu wollen, wäre »realitätsfern«. »Gegen ein wesentlich längeres gemeinsames

Lernen sind offensichtlich mehrheitlich alle Akteure: die Lehrkräfte, die Eltern, die Ministerien und auch die politischen Mehrheiten. Gegen all die Akteure etwas mit der Brechstange durchzusetzen, ist extrem riskant.« Es wäre mit fehlendem Konsens und fehlender Ausstattung »nicht mehr nur riskant und mutig, sondern geradezu fahrlässig«. So kann die Wissenschaft tatsächlich ihre ureigenen Erkenntnisse unbrauchbar machen und den gesellschaftspolitischen Druck rausnehmen, indem sie diese für politisch nicht durchsetzbar erklärt.

Noch deutlicher übernimmt Prof. Bos in einem Interview mit dem Spiegel das Geschäft der Politik, indem er davon abrät, das Gymnasium abzuschaffen zu wollen: »Ich halte das bisherige System für ungerecht. Das sagen mir aber weniger die Iglu- und Pisa-Studien, das sagt mir vielmehr der gesunde Menschenverstand. Warum tun wir zehnjährigen Kindern den Stress an, sie mindestens ein halbes Jahr für den Schulwechsel zu drillen? Und warum lassen wir die Hauptschüler dumm in der Ecke stehen? Nur: Es wird nicht gelingen, das Gymnasium abzuschaffen. Wer das will, wird nicht wiedergewählt.«<sup>6</sup>

## Ethische Ansprüche an die Bildungswissenschaft

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass natürlich nicht alle Wissenschaftler\*innen ihre Erkenntnisse bezüglich der strukturellen Benachteiligung durch ein mehrgliedriges Schulsystem einem politischen Kalkül unterwerfen. Eine Bildungswissenschaft, die sich dem Grundgesetz und den Menschenrechten verpflichtet fühlt, muss sich auch für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit einsetzen. Da das Bildungssystem soziale Ungleichheit verschärft und die gesellschaftliche Spaltung vertieft, hat die Wissenschaft im Rahmen ihrer Forschung Ungleichheitsentwicklungen und deren Ursachen anzuzeigen und den Finger in die Wunde zu legen, auch wenn es den politischen und gesellschaftlichen Akteur\*innen nicht gefällt.

Man stelle sich einmal vor, die Klimaforschung würde argumentieren, dass der Kohleausstieg zur Rettung des

Klimas zwar notwendig, aber politisch nicht durchsetzbar sei und deshalb nicht in Erwägung gezogen werden sollte. Muss nicht die Produktion von Wahrheit auch der Maßstab für die Bildungswissenschaft in der Demokratie sein?

## Die politische Reaktion auf PISA 2018

Angesichts des verharmlosenden PISA-Berichts kann die bildungspolitische Reaktion darauf nicht verwundern. Bildungspolitiker\*innen reden sich die Ergebnisse mit dem Abschneiden deutscher Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich schön, beklagen – wie immer folgenlos – den Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozioökonomischem Hintergrund und verweisen ansonsten auf eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern, um Schulen in schwierigen Lagen zu unterstützen.

Die Stellungnahme, die Prof. Lorz als vormaliger Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) anlässlich der Übergabe des PISA-Berichts abgegeben hat, ist Routine und »business as usual«. Für die KMK gehören Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit auch in der im Jahr 2020 beschlossenen »Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen« nicht zu den zentralen bildungspolitischen Fragen.

von  
**Dr. Brigitte Schumann**  
Bildungsjournalistin und  
Publizistin  
Kontakt: ifenici@aol.com



- 1 Die internationalen Schulleistungsvergleiche, die die Grundlage der PISA-Studien sind, werden alle drei Jahre durchgeführt. Im Jahr 2018 fand der letzte Vergleich statt. Aus den Ergebnissen werden auch nationale PISA-Berichte erstellt.
- 2 Vgl. <https://www.pisa.tum.de/pisa-2000-2018/pisa-2018>
- 3 J. Lohmann (2020): Ergebnisse aus PISA 2018; vgl. [ggg-web.de](http://ggg-web.de)
- 4 OECD-Wirtschaftsbericht: Kritik am deutschen Schulsystem; vgl. [faz.net](http://faz.net)
- 5 El-Maffaalani: Dissenz an einer Stelle ... (m)eine Erwiderung; vgl. [ggg-web.de](http://ggg-web.de)
- 6 Deutsches Schulsystem: »Wer das Gymnasium abschaffen will, wird abgewählt«; vgl. [spiegel.de](http://spiegel.de) v. 17.12.2008



Foto: IMAGO / agefotostock

# Corona: Bildungspolitische Vorschläge zum Umgang mit Lernlücken

Wie viele Präsenzstunden in Schulen seit dem Shutdown im März 2020 bundesweit ausfielen, ist schwer zu erheben – manche schätzen rund 500. Umfang und Qualität des Distanzunterrichts variierten stark. Die mittel- und langfristigen Folgen für die Einzelnen dürften sehr unterschiedlich sein. Überall stellt sich nun die Frage, wie mit den Folgen der Pandemie umzugehen ist. Einfache Lösungen gibt es nicht. Einigkeit besteht nur darin: Der verpasste Lernstoff soll nachgeholt werden. Wie groß die Lernlücken sind und wie Lösungen aussehen könnten, ist weitgehend offen.

Eine gute empirische Basis zu den Lernlücken der beiden Corona-Schuljahre wird es wohl auch zum Schuljahresbeginn 2021/22 nicht geben. Einige Bildungsexpert\*innen meinen wahrscheinlich zu Recht, dass es durchaus Kinder gibt, die im Distanzunterricht

mit ihren akademisch gebildeten Eltern besser als in der Klasse mit 24 Kindern lernten. Unstrittig ist aber auch, dass die Pandemiesituation die Ungleichheit in den Bildungschancen je nach ökonomischen, kulturellen und zeitlichen Ressourcen der Familie noch verschärfte. Der Bildungserfolg hing aber auch davon ab, wie gut die Breitbandabdeckung in einer Region ist, wie lange die Schließungen dauerten, in welcher Klassenstufe ein Kind war oder wie gut der Distanzunterricht organisiert war. Ohne Zweifel leisteten viele Lehrkräfte Großartiges. Gleichwohl gelang es nicht allen, den Distanzunterricht gut zu strukturieren, angemessenes Feedback zu geben usw. Klar ist, dass wir es nicht nur mit individuellen Lernrückständen einzelner Schüler\*innen zu tun haben, sondern mit einer strukturellen Benachteiligung einzelner Gruppen. Wo können also mittel- und langfristige Lösungen der Bildungspolitik ansetzen?

## Fünf sehr verschiedene Vorschläge

Die folgenden Vorschläge unterscheiden sich vor allem darin, welche Gruppen von Schüler\*innen sie zum Maßstab nehmen. Zudem werden sie aus Sicht der Bildungsforschung bewertet.

- 1. Schüler\*innen erhalten zusätzlichen Unterricht.** Dieser Ansatz setzt Schüler\*innen als Maßstab, die gut durch die Corona-Schuljahre kamen. Zielgruppen dieser Maßnahmen sind demnach jene, die durch die Schulschließungen besonders benachteiligt waren. Für genau diese Kinder wäre aber ein Ausgleich und eine Erholung besonders wichtig. Zusätzlicher Unterricht kann gerade bei ihnen zur Schulentfremdung führen oder diese verstärken. Da die Maßnahmen zudem oftmals

als freiwillige Angebote diskutiert werden, ist die Frage, ob diejenigen, die die größten Lücken haben, damit überhaupt erreicht werden. Gelingen könnte dies am ehesten, wenn die regulären Lehrkräfte den Zusatzunterricht erteilen. Dies ist aber weder geplant noch realistisch. Bleiben also private Nachhilfeeinheiten, pensionierte Lehrkräfte, Lehramtsstudierende etc. Dann werden aber die Zusatzangebote kaum mit dem fortlaufenden regulären Unterricht abgestimmt. Zudem dürfte es schwer sein, ein flächendeckendes Angebot in Regionen fernab von Universitäten zu initiieren.

2. **Schüler\*innen wiederholen freiwillig ein Schuljahr.** Damit wird allerdings ein kollektives Problem zur individuellen Entscheidung von Eltern und Kindern – aus der Bildungsforschung wissen wir, dass derartige Entscheidungsfreiheiten (soziale) Ungleichheiten eher vergrößern als verringern. Zudem sind die Folgen der freiwilligen Wiederholung kaum abzusehen. Zum einen könnten die Klassenwiederholung nur sehr wenige Schüler\*innen wählen. Ohne Klassenwiederholung orientiert sich der Lernstoff aber an den Kindern, die gut durch die Corona-Schuljahre gekommen sind. Schüler\*innen mit großen Lernlücken können dort aber nicht anknüpfen, weshalb in den Folgejahren unfreiwillige Klassenwiederholungen zunehmen und der Anteil Schüler\*innen ohne Schulabschluss steigt. Dies wäre individuell, gesellschaftlich und ökonomisch am ungünstigsten. Zum anderen könnten sich vor allem an Schulen mit vielen schwachen Kindern, in Kreisen mit langen Shutdowns und Quarantänezeiten und in Klassen, in denen digitaler Unterricht nicht gut umgesetzt wurde, viele Eltern und Kinder für ein freiwilliges Zusatzjahr entscheiden. Es käme so zu massiven Verschiebungen, auf die die jeweilige Schule gar nicht reagieren kann, weil ihr die notwendigen Kapazitäten fehlen.
3. **Vermeintlich überflüssiger Lernstoff fällt weg, um verpassten Lernstoff in den sogenannten zentralen Fächern nachzuholen.** Dieser Vorschlag setzt Schüler\*innen mit gro-

ßen Lernlücken als Norm. Eine Entscheidung für diesen Weg geht sehr wahrscheinlich zulasten der Fächer Kunst, Musik, Sport, Ethik oder politische Bildung – jener Fächer also, die auch während der Coronapandemie weniger Aufmerksamkeit erfuhren. Eine pragmatische Lösung könnte es sein, den Schulstoff der letzten Monate in allen Schulklassen in das nächste Schuljahr zu verschieben. Die verbleibende Zeit im aktuellen Schuljahr sollte dann dafür genutzt werden, um ein vergleichbares Lernniveau herzustellen. Der Schulstoff, der dieses Schuljahr nicht geschafft wird, wird dann im nächsten behandelt. Lehrkräften obliegt es, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Dies müsste jedes Schuljahr wiederholt werden, bis der verlorene Stoff über eine längere Zeit aufgeholt ist. Schwierig wird es aber beim Übergang auf weiterführende Schulen sowie bei Jahrgängen kurz vor dem Abschluss.

4. **Alle Schüler\*innen wiederholen das Schuljahr.** Die Frage ist hier, ob ein ganzes Jahr oder nur die Monate ohne Präsenzunterricht wiederholt werden sollen. Unabhängig davon würde dieses Vorgehen die Grundschulen kurzfristig an seine Grenzen bringen: Pro Schuljahr werden deutschlandweit rund 730.000 Kinder eingeschult. Um sie zu unterrichten, ohne dass wie üblich ein Jahrgang die Schule verlässt, bräuchte es ungefähr 40.000 zusätzliche Vollzeitlehrkräfte in fast ebenso vielen Klassenräumen.
5. **Das aktuelle Schuljahr wird bis Weihnachten verlängert, die Einschulung entsprechend verschoben.** Dieser Vorschlag nimmt jene Schüler\*innen zum Maßstab, die nicht so gut durch die Corona-Schuljahre kamen, und bietet Zeit für alle, um nicht adäquat behandelten Lernstoff in allen Fächern nachzuholen. Dieser Vorschlag orientiert sich also an den normativen Prämissen einer Schuljahreswiederholung für alle, versucht aber miteinzubeziehen, dass die Grundschulen (und vier Jahre später die weiterführenden Schulen) begrenzte Kapazitäten haben. Mittlerweile sind derartig umfangreiche Eingriffe in das Sys-

tem Schule aber weder organisatorisch noch rechtlich umsetzbar.

Mit den skizzierten Vorschlägen sollen die Folgen der Corona-Schuljahre zumindest abgemildert werden. Implizit werden dabei unterschiedliche (Bildungs-)Ziele verfolgt, die sich teilweise widersprechen. Welche Maßnahmen (bzw. Maßnahmenbündel) präferiert werden, hängt davon ab, welche Ziele als besonders wichtig erachtet werden.

## Als hätte es Corona nicht gegeben

Einfache Lösungen gibt es nicht, doch die von der Bildungspolitik bisher präsentierten Lösungen setzen an althergebrachten Stellschrauben des Systems Schule an, um »schlechte« Schüler\*innen wieder in die Spur zu bekommen. Das System Schule tut damit so, als hätte es Corona nicht gegeben. Doch haben wir es in dieser Pandemie nicht mit individuellem Versagen der Schüler\*innen zu tun, sondern mit systemischen Problemen.

Es braucht nun vor allem Zeit: Zeit, um zu diskutieren, wie es weitergehen soll. Zeit, um uns einen Überblick über die Schäden der Corona-Schuljahre zu verschaffen. Und Zeit, um uns um die Schüler\*innen zu kümmern, die im Distanzunterricht eine schwere Zeit hatten.

von Prof. Marcel Helbig

wissenschaftlicher  
Mitarbeiter  
der Forschungsgruppe der  
Präsidentin am WZB  
Leiter des Arbeitsbereichs  
»Strukturen und Systeme«  
am Leibniz-Institut für Bil-  
dungsverläufe in Bamberg



Dies ist eine stark gekürzte Version des Artikels »Als hätte es Corona nicht gegeben. Bildungspolitische Reaktionen auf Schulschließung und Distanzunterricht«, erschienen als »WZBrief Bildung« des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Download: [wzb.eu](http://wzb.eu)

Zum Weiterlesen  
Marcel Helbig (2021): Corona Schuljahre – und wie weiter? Eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Debatten zur Schließung der Lernlücken infolge der Corona-Schuljahre 2019/20 und 2020/21. WZB-Discussion-Paper P-2021-002. Download: [wzb.eu](http://wzb.eu)



# Mehr Präsenz wagen!

Wie wir die rein digitale Lehre hinter uns lassen können



Foto: IMAGO / Westend61

**Nach drei Onlinesemestern an den Hochschulen zeigt sich: Studierende sind die Leidtragenden. Lange wurden sie auch von der Öffentlichkeit vergessen. Deshalb sollten die Hochschulleitungen, die jetzt das Wintersemester planen, ihren Fokus auf sie richten.**

Ein Bereich, dem in den Wochen nach dem ersten Shutdown vor einem Jahr medial viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, waren die Bildungseinrichtungen Kita und Schule. Dass diese in den letzten Monaten länger als Hochschulen offen blieben, haben wir nicht zuletzt Bildungsökonom\*innen, Psycholog\*innen und Mediziner\*innen zu verdanken, die in ihrer Forschung mehrheitlich zu dem Ergebnis kamen: Schließungen von Kita und Schule sollten nur als Ultima Ratio infrage kommen, da ihr täglicher Besuch trotz bestehender Infektionsrisiken elementar für die psychische Gesundheit und Entwicklung der Heranwachsenden ist.

Umso verwunderlicher ist es, dass die Leitungen der Hochschulen sich bis-

lang nie zu einer ernsthaften Öffnungsdebatte ihrer eigenen Lehrräume – die, das Wortspiel sei erlaubt, seit 15 Monaten Leerräume sind – bemüht sahen. Sie beginnen erst jetzt nach anderthalb Jahren Onlinelehre langsam damit, sich Gedanken über die Rückkehr in die (Teil-)Präsenz zu machen. Das ist umso bedauerlicher, als in vielen europäischen Nachbarländern mit höheren Fallzahlen, wie z. B. Italien, Hybridlehre bzw. Teilpräsenz in den vergangenen Monaten zumindest zeitweise möglich war.

## Einschätzungen zur Onlinelehre

Das Ergebnis des Zögerns ist bekannt: Seit März 2020 verbrachten die Studierenden ihre Studientage fast ausschließlich vor dem Bildschirm und mussten so neben der »Zoom Fatigue«<sup>1</sup> die »Verkachelung ihrer Welt« erfahren.<sup>2</sup> Nicht alles an dieser Entwicklung sollte schlechtgeredet werden: Die Umstellung auf die Onlinelehre lief weit reibungsloser als der Fernunter-

richt an Schulen ab. Ebenso zeigen Umfragen unter den Studierenden, dass auch die (gute) digitale Lehre ihre Fürsprecher\*innen hat: Ein Fünftel der Befragten zieht die Onlinelehre sogar der Lehre im Seminarraum vor.

Gleichwohl sollte diese Situation nicht verklärt werden. Dafür sind die in den letzten Wochen und Monaten bekannt gewordenen Kollateralschäden zu offensichtlich: Die Zahl der psychischen Erkrankungen unter Studierenden ist seit Pandemiebeginn massiv gestiegen, ohne dass die Beratungs- und Therapieangebote Schritt halten konnten. Vergleichbar hoch ist der Anteil jener, die ihren Nebenjob verloren haben und/oder wieder bei den Eltern einziehen mussten und nun in ihrem alten Kinderzimmer studieren.

## Jetzt schon das Wintersemester planen

Ein Ausweg aus der Misere ist neben einer schnellen und erfolgreichen Impfkampagne eine vorausschauende

Planung für die Präsenzlehre im kommenden Wintersemester 2021/22. Dafür sollten die Hochschulleitungen das Gespräch mit studentischen Initiativen wie #NichtNurOnline suchen, damit studentischen Belangen endlich die Aufmerksamkeit zuteilwird, die ihnen bislang verwehrt wurde.

Wir können nicht für #NichtNurOnline und andere Initiativen, die sich für die Präsenzlehre einsetzen, sprechen. Folgende Aspekte sollten trotzdem bei den weiteren Planungen für das Wintersemester im Vordergrund stehen: Erstens sollte die Residenzpflicht für Studierende an eine »Präsenzprämie« gekoppelt werden. Zweitens sollte ein umfassendes Impfangebot zur Verfügung stehen und drittens sollte ein von den Hochschulen definiertes Minimalangebot an Präsenzveranstaltungen bereitgestellt werden.

### Situation der Studierenden aus dem Ausland

Deutschlands Hochschulen erfreuen sich großer Beliebtheit – auch außerhalb unserer Landesgrenzen. Unter Pandemiebedingungen führte dies allerdings dazu, dass zahlreiche Studierende nicht vor Ort, sondern im Ausland – häufig in anderen Zeitzonen – weilen und von dort an Lehrveranstaltungen teilnehmen. Verübeln kann man ihnen diese Entscheidung nicht: Die Wartezeiten für Aufenthaltstitel, die bei den deutschen Vertretungen im Ausland beantragt werden müssen, sind lang. Visumstermine sind mitunter auf Monate hinaus nicht verfügbar. Gleichzeitig würde ein Studium vor Ort für die Betroffenen zumeist lediglich höhere Ausgaben bei knappem Budget, keine Zusatzverdienste angesichts fehlender Nebenverdienstmöglichkeiten und soziale Isolation aufgrund bislang bestehender Kontaktbeschränkungen bedeuten. Bis auf die ausländerrechtlichen Aspekte gilt dies selbstverständlich auch für viele hier lebende Studierende, die im vergangenen Herbst nicht an ihren eigentlichen Studienort umzogen.

### Residenzpflicht mit »Präsenzprämie« verbinden

Leider hat dies für Studiengänge wie unsere (Politik und Klassische Philologie), bei denen über die Hälfte der Studierenden aus dem Ausland kommt

(oder sich nun aus Neu-Isenburg und Landshut einwählt), gravierende Folgen. Erste Anfragen, ob auch das Studienangebot im Wintersemester 2021/22 online oder hybrid (d. h. über eine Online-Einwahlmöglichkeit) verfügbar sein wird, verdeutlichen die Erwartungshaltung vieler Studierender nach drei Semestern Onlinelehre, die eher der einer klassischen Fernuniversität entspricht. Daher ist die Residenzpflicht für Studierende – so paradox dies auf den ersten Blick klingen mag – ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Präsenzlehre im Herbst. Nur wenn die Hochschulleitungen aktiv einfordern, dass ihre Studierenden vor Ort sind, wird Präsenzlehre gelingen. Um die damit verbundenen sozialen Härten zumindest ansatzweise abzufedern, sollten Studierende eine einmalige »Präsenzprämie« von 500 EUR erhalten, die an die Anmeldung beim Einwohnermeldeamt gekoppelt ist. Ähnliche Anreizprogramme zur Wohnsitzummeldung gab es bereits früher in kleineren Universitätsstädten wie Marburg.

Zugleich sollten die Hochschulleitungen bedenken, dass die Impfkampagnen im Ausland teilweise schleppender als hierzulande verlaufen und auch die Terminverfügbarkeit im Land von Bundesland zu Bundesland variiert. Ein rechtsverbindliches und unbürokratisches Impfangebot für alle sollte daher für das Wintersemester im Gesamtpaket der Einschreibung enthalten sein.

Aufgrund des Winterhalbjahres ist trotz des Fortschreitens der Impfkampagne leider davon auszugehen, dass es zu einer neuen Infektionswelle wie im Winter 2020/2021 kommen wird. Mit den Impfungen besteht jedoch die berechtigte Hoffnung, dass die Auswirkungen auf den intensivmedizinischen Bereich des Gesundheitswesens gering sein werden und damit ein Grund für die bisherige Onlinelehre entfällt.

### Minimalcurriculum in Präsenz anbieten

Die Hochschulleitungen sollten daher ein Minimalcurriculum in Präsenz definieren, um auf die erwartbare Entwicklung des Infektionsgeschehens in den Wintermonaten 2021/22 mit Augenmaß reagieren zu können. Der Wechsel in den ausschließlichen Onlinemodus muss auf jeden Fall vermieden werden. Dabei sollten aus unserer Sicht v. a. die

Erst-, Zweit- und Drittsemesterstudierenden in den Blick genommen werden. Diese sehen bis zu Beginn des Wintersemesters im Oktober 2021 – abgesehen von der Umsetzung der »Öffnungsperspektiven« in den letzten vier Semesterwochen der Monate Juni/Juli 2021 – noch nie eine Hochschule von innen. Hochschulleitungen sollten sich hier das Diktum von Mario Draghi – »whatever it takes« – zu Herzen nehmen, um zumindest zwei bis drei Lehrveranstaltungen in Präsenz für diese Zielgruppe sicherzustellen.

Damit ist klar, was die hier angeregte Öffnungsperspektive für das Wintersemester 2021/22 auch bedeutet: Einige Lehrveranstaltungen wie Einführungsvorlesungen mit über 50 Personen werden weiterhin online stattfinden und Seminarräume werden aufgrund der Hygieneregeln nur mit eingeschränkter Zahl der Teilnehmenden belegt werden können. Eine datenschutzkonforme Kontaktdatenerfassung, z. B. über QR-Codes am Platz, mit Systemen wie mit der Open-Source-Anwendung a.nwesen.de (nicht über die unsichere LUCA-App) wird weiterhin den Unialltag prägen. Damit steigt die Hoffnung, dass einhergehend mit der Impfung zukünftig ein immer weniger eingeschränkter Lehrbetrieb und somit ein weitgehend »normales« Unileben für Studierende und Dozierende möglich wird.

von Dr. David Bosold

wissenschaftlicher Mitarbeiter am  
John-F.-Kennedy-Institut (Abteilung Politik)  
Studiendekan, Leiter der Graduiertenschule für  
Nordamerikastudien (GSNAS) des John-F.-Kennedy-  
Instituts der Freien Universität Berlin

und

Dr. Roberto Lo Presti

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der  
Humboldt-Universität zu Berlin,  
Institut für Klassische Philologie

Der Inhalt dieses Beitrags stellt die persönliche Meinung der Autoren und nicht die der jeweiligen Institute dar.

- 1 Damit sind die spezielle Müdigkeit, die sich in virtuellen Meetings einstellt, und der damit verbundene Stress gemeint.
- 2 Am 4.6.2021 verkündete das bayerische Wissenschaftsministerium, dass ab dem 7.6. wieder Präsenzveranstaltungen möglich seien – digitale Angebote sollten aber weiterhin gewährleistet werden. Zusätzliche Ressourcen für die praktische Umsetzung gibt es dafür nicht.

# Diversität und Digitalisierung an der Hochschule – Chancen in der Krise?

**Ich studiere/lehre hier – weil ich einen (gesicherten) Aufenthaltsstatus habe. Aus einer Akademiker\_innen-Familie komme. Im selektiven Schulsystem nicht aussortiert wurde...**



Foto: Robert Michel

Junge und sozial schlechter gestellte Menschen stehen coronabedingt gerade im Fokus der Öffentlichkeit. Dabei geht es vor allem um Defizite bei der Persönlichkeitsentwicklung der Schüler\*innen, Studierenden und Auszubildenden. Diskutiert werden auch die gesundheitlichen und verschärften sozialen Folgen der Pandemie. Doch auch chronisch Kranke und Behinderte kämpfen mit vielfachen Ausschlüssen. Ihre Benachteiligung ist kein Ergebnis der Pandemie, diese verschärft sie aber.

Die Ursachen der Benachteiligung chronisch Kranker und Behinderter liegen jedoch tiefer: Sie sind in der Gesellschaft begründet, die den Wert des Menschen an seiner Verwertbarkeit und seinen Ressourcen bemisst und in der die Konkurrenz zwischen Unterschiedlichen und nicht der Gedanke der Solidarität zwischen Gleichen gilt. In der Pandemie verschärft sich aufgrund verknappter Ressourcen die Konkurrenz und damit die Lage derer, die weniger konkurrenzfähig sind; zu sehen auf dem Arbeitsmarkt, beim Wohnen, bei der gesellschaftlichen Teilhabe oder

in der Ausbildung. Gleichzeitig werden gerade auch bei chronisch Kranken oder behinderten Studierenden Unterstützungssysteme zurückgefahren oder vernachlässigt.

## Diversität sagen, Uniformität meinen

Allen Sonntagsreden über Diversity oder Inklusion an den Hochschulen zum Trotz sind die dort herrschenden Verhältnisse ernüchternd. Hochschulen verhalten sich wie Ozeanriesen beim Kurswechsel – extrem schwerfällig. Geschuldet ist dies einer alles durchdringenden neoliberalen Ideologie. Wer Hochschulen als Kampfplatz um die klügsten Köpfe, als Zulieferer von »Humankapital« oder als Organisation des Wissenstransfers an die Industrie, als Standortfaktor konkurrierender Nationalökonomien oder als Unternehmen

betrachtet, kann nicht gleichzeitig sozial handeln. Das dort vorherrschende Verständnis von Diversity ist eben nicht »Diversity Mainstreaming«, sondern »Diversity Management«, als eine Ressource für profitablen Output und nicht als Moment des sozialen und demokratischen Ausgleichs. Gemeinhin wird unter Inklusion die umfassende Teilhabe von Behinderten verstanden, unter Diversity hingegen die Integration aller benachteiligten Gesellschaftsgruppen, wie z. B. Migrant\*innen, Frauen, Persons of Color (PoC), LGBTIQ-Personen, Senior\*innen und eben auch Behinderte. Das »Diversity Management« hebt aber nicht die herrschende Konkurrenz auf, sondern erweitert nur den Kreis der Konkurrerenden. Die Autistin mit Inselbegabung ist demnach willkommen, der afrikanische Student, der keine 10.000 EUR für das Student\*innervisum aufbringen kann,

nicht. Folgende Exklusionsmechanismen an Hochschulen sind daher zu kritisieren.

## Technischer Ausschluss

Behinderte und chronisch Kranke sind vom technischen Ausschluss besonders betroffen. Damit sind aber nicht nur Konstruktionsbarrieren mit körperlich-sensorischen Anforderungen gemeint. Eine schwere Doppelglastüre ist nicht nur für Rollstuhlfahrer\*innen schwer zu überwinden, auch Erziehende mit Kinderwagen oder Paketlieferant\*innen stehen vor Problemen. Zu hohe Stufen, zu kleine Schriften, eine schlechte Beleuchtung usw. sind meist mit dem nötigen Willen und entsprechender Finanzausstattung zu beheben. In Hochschulen gibt es Pläne für den barrierefreien Zugang, Nachteilsausgleiche, Assistenzen, Beauftragte und einklagbare Rechte. Diese Form der Rücksichtnahme ist inzwischen gesellschaftlich anerkannt, auch weil die Ursachen meist sichtbar, nachvollziehbar und mitleiderregend sind. Dazu trugen nicht zuletzt die Kriegsversehrten bei, die für die Gemeinschaft ihre Gesundheit opferten und sich deshalb Achtung und Unterstützung »verdienten«.

## Organisatorische Ausschlüsse

Auch die Organisationsstruktur des Hochschulbetriebs kann ausschließen. Einrichtungen wie die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität mit 53.000 Studierenden und Tausenden Mitarbeiter\*innen beruhen auf einer allgemein akzeptierten Ordnung, die das herrschende Verständnis von Universität widerspiegelt. Grund-, Prüfungs- und Studienordnungen, Hochschulgesetze, das BAföG, Studienkredite, Öffnungszeiten, Anwesenheitspflicht, eingeschränkte Mitbestimmungsmöglichkeiten usw. orientieren sich nach wie vor an vermeintlich »normalen« Studierenden.

## Kommunikative bzw. elitär motivierte Ausschlüsse

Abgesehen von den Lehrveranstaltungen für die Studierenden wird auf eine didaktische Aufbereitung von Inhalten im Rahmen der Personalentwick-

lung, öffentlicher Veranstaltungen, Infotagen für Schüler\*innen oder der Studienberatung erstaunlich wenig Wert gelegt. Die Universität ist noch immer ein Ort für die sogenannte »bessere Gesellschaft«. Die wenigsten Dozent\*innen und Mitarbeiter\*innen sind didaktisch ausgebildet. Reproduziert wird ein eingetübter elaboriert-akademischer Kommunikationsstil, eine unnötig ausgrenzende Fachsprache sowie eine weitgehend theoretisch-abstrakte Wahrnehmung der Welt. Wer dazu nur schlecht Zugang findet, wird ausgeschlossen. Die Suche nach praktikablen Lösungen, eine auf Verständlichkeit angelegte Sprache, ein gemeinsamer Diskurs und Praxisbezüge fehlen meist.

## Ideologischer Ausschluss

Neben alledem gibt es auch die bewusste Ausgrenzung z. B. von Frauen, LGBTIQ-Personen, ausländischen Studierenden, Behinderten oder Kindern von Arbeiter\*innen. Nicht immer geschieht dies offen, oft sind es kaum belegbare Zurücksetzungen durch Kommiliton\*innen und Lehrende, die zeigen, dass man nicht dazugehört. Die Dogmen der Chancengleichheit und der heilsamen Leistungskonkurrenz zementieren die herrschende Ungleichheit. Ein auf Verwertbarkeit angelegter Leistungsbegriff, die Mär von den gleichen Startbedingungen, das gnadenlose »Ausieben« über Prüfungen, wenig soziale Unterstützung, unverrückbare Standesdünkel oder biologistische Begabungsmythen verhindern Egalisierung und damit eine für alle gleichberechtigte Diversität. Opfer dieser Diskriminierungen schämen sich mitunter über sich selbst und reagieren mit dem Versuch der Überassimilation.

## Sozialer Ausschluss

Der soziale Ausschluss korrespondiert mit den bereits genannten. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu spricht hier vom Mangel an sozialem, ökonomischem, kulturellem und symbolischem Kapital, der sich z. B. dann zeigt, wenn teure Materialien beschafft, teure Exkursionen, Gebühren oder Semestertickets bezahlt werden müssen. Offensichtlich wird er aber auch bei der »Kleiderordnung«, bei der Wahl der Diskussionsthemen oder dem Zurschaustellen bildungsbür-

gerlicher Lebensführung. Kinder von Arbeiter\*innen schließen sich in der Folge oft selbst aus. So beantragen sie seltener Stipendien und schrecken vor Bildungskrediten zurück. Auch die prekären Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen, die selten zum Leben reichen, muss man sich leisten können.

All diese Ausschlussformen führen zu einer strukturellen Exklusion der »Nichtpassenden«. Exkludierende Ausdrucksformen sind u. a. Sexismus, Klassenarroganz und Rassismus, Diskriminierung Behinderter, Antisemitismus, Islam- oder LGBTIQ-Feindlichkeit. Diesen Mechanismen sind Studierende ausgesetzt, aber auch das Lehr-, Verwaltungs- und technische Personal. Viele gute Ansätze und neue Regelungen dienen derzeit noch der Symptombekämpfung, wenige gehen die Probleme grundsätzlich an. Eine strukturelle Veränderung setzt voraus, dass Hochschulen jenseits von Privatisierung und Verwertbarkeit neu gedacht werden.

## Heilsbringende Digitalisierung?

Wirken die aktuell zunehmenden digitalen Zugänge zu Hochschulen Ausschlussformen entgegen? Einerseits ja, da dadurch der Zugang zu Wissen und die Wissensvermittlung einfacher und Studium und Lehre flexibler werden. Bei aller Euphorie ist jedoch auch Skepsis angebracht, denn die Digitalisierung wirkt andererseits auch selbst abschließend. Zunächst ändert sich mit ihr nur die Form der Vermittlung und des Austausches von Informationen.

Die Einbeziehung Benachteiligter auf allen Entscheidungsebenen, eine nachhaltige Sensibilisierung aufseiten der Entscheidungsträger\*innen, ein Umdenken im Verständnis von Hochschule hin zu einer egalitären und offenen Bildungseinrichtung mit bedarfsgerechtem Ausbau und entsprechender Ausstattung wären sicher wirksamer. Sie würden nicht nur die benachteiligten Gruppen wie Behinderte und chronisch Kranke besser einbinden, womit man auch einem »Diversity Mainstreaming« sehr nahe käme.

**von Michael Bayer**

Berater für Studium mit Behinderung und/oder chronischer Krankheit  
Schwerbehindertenvertreter und Personalrat  
beim Studentenwerk München



# Arbeitskämpfe und Digitalisierung – Erfahrungen und Perspektiven



Streikaktion der Rider\*innen am 26. März 2021 in Rom

Foto: IMAGO / Insidefoto

**Was bedeutet die zunehmende Digitalisierung in der Arbeitswelt für gewerkschaftliche Gegenwehr? Können Streiks im Homeoffice und mit der damit einhergehenden sozialen Vereinzelung überhaupt noch organisiert werden und Wirkung zeigen?**

Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gibt es seit Beginn der Bewegung der Arbeiter\*innen. Sie sind erfolgreich, wenn es gelingt, den laufenden Betrieb lahmzulegen, Streikbruch zu verhindern, Unterstützung von anderen Belegschaften zu bekommen und die Öffentlichkeit zu gewinnen. Die Erfahrung kollektiver Stärke in Streikver-

sammlungen und beim gemeinsamen Streikposten stehen ist dabei von großer Bedeutung.

Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt haben sich die Bedingungen für erfolgreiche Streiks modifiziert. Das zeigte bereits im Jahr 2003 ein Streik in der Schweizer Druckindustrie. Die Streikenden der ARO-Druckerei waren erstmals mit »digitalen Kampfmaßnahmen« des Unternehmens konfrontiert, nachdem sie die Druckerei stilllegten. Die Unternehmensleitung unterlief den Streik, indem sie die Druckdaten an andere Druckereien elektronisch übertrug. Inzwischen gibt es sogar Software, die drohende Streiks im Vorfeld erkennt.<sup>1</sup>

Die Digitalisierung hat mittlerweile die gesamte kapitalistische Ökonomie erfasst und prägt zunehmend auch die Bildung. Die Dramatik dieser Entwicklung zeigt sich allerdings erst in Verbindung mit dem gleichzeitig vorangetriebenen sozialen Kahlschlag, der Prekarisierung der Arbeitsbedingungen mittels Tariffucht, den Befristungen, der Zersplitterung der Belegschaften durch Outsourcing, der Leiharbeit usw. Anonymität und Vereinzelung prägen den Arbeitsalltag im Homeoffice. Diese erschwerten Bedingungen fördern das Gefühl der Ohnmacht. Umso wichtiger ist es, nach Möglichkeiten kollektiver Gegenwehr zu suchen.

## Im Homeoffice streiken

Auch im Homeoffice lässt sich streiken, auch unter den Bedingungen des Coronaausnahmestatus. Das zeigte z. B. der erste bundesweite digitale »Solidaritäts- oder Partizipationswarnstreik« im Atos-Konzern<sup>2</sup> am 23. März 2021, zu dem die IG Metall aufgerufen hatte. Wer streikte, machte dies mit einer Abwesenheitsnotiz deutlich: »Wir kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb befinde ich mich von 13 bis 14 Uhr im digitalen Warnstreik.«<sup>3</sup> Die Beteiligung war groß. Viele nahmen an einer digitalen Zoom-Kundgebung teil. Von dort wurde auch live nach Chile zu einem weiteren Atos-Standort geschaltet.

Einem digitalen Streik fehlt allerdings oft die öffentliche Wahrnehmung. Medien und Presse haben es schwer, über ausgeschaltete Computer zu berichten. Deshalb wurde der Aufruf zum digitalen Warnstreik am 1. März 2021 in München und anderen Städten auch von einer öffentlichen Aktion auf der Straße begleitet. Hunderte Autos fuhren öffentlichkeitswirksam durch München.

## Streiks in der »Gig-Ökonomie«

Doch was bleibt den abhängig Beschäftigten, die »ganz unten« sind? Zu diesen gehören z. B. die Fahrradkurier\*innen (»Rider\*innen«), die in der plattformvermittelten »Gig-Ökonomie« bei Foodora, Deliveroo usw. schufteten.<sup>4</sup> Sie sind offensichtliche Beispiele für Einzelungs- und Prekarisierungseffekte kapitalistisch geprägter Digitalisierung.

Bei Deliveroo usw. besteht zwischen den Plattforminhaber\*innen und den Rider\*innen als zentrales Moment betrieblicher Herrschaft eine extreme Informationsasymmetrie. Die Rider\*innen werden über eine App kommandiert und kontrolliert und auch permanent bewertet. Demgegenüber schotten sich die Arbeitgeber\*innen hinter der App nicht nur ab, sie vereiteln auch die Kommunikation zwischen den Rider\*innen. So fehlen gemeinsame Arbeitsräume und personale Überschneidungen beim Schichtwechsel. Dazu kommt, dass die Jobs oft Studierende zeitlich begrenzt als Nebenjob oder Beschäftigte mit unsi-

cherem Aufenthaltsstatus ausführen.

Trotzdem zeigte sich rasch, dass selbst unter diesen extremen Bedingungen ein kollektiver Arbeitskampf möglich ist. 2016 entstand in London die Widerstandsbewegung der dortigen Deliveroo-Rider\*innen. Sie vernetzten sich über WhatsApp und andere Social Media. Als Deliveroo im August 2016 die Bezahlung nach Stunden auf eine Bezahlung pro Lieferung umstellen wollte, organisierten sie einen Streik dagegen. Die Nachricht verbreitete sich in erster Linie über Social Media sowie durch Fahren im Konvoi durch die Bezirke. Hunderte Rider\*innen streikten, indem sie sich aus der App ausloggten. So legten sie Deliveroo für sechs Tage lahm. Am sechsten Tag gab das Unternehmen bekannt, dass die Umstellung auf die Bezahlung per Lieferung nur auf freiwilliger Basis und nur in einer Pilotzone eingeführt wird. Dieser Teilerfolg ließ die Bewegung in ganz England anwachsen.

In Deutschland protestierten Deliveroo-Rider\*innen 2017 in Berlin das erste Mal.<sup>5</sup> Im Januar 2018 türmten sie verschlissene Fahrradteile zu einem beachtlichen Schrotthaufen vor der Zentrale des Unternehmens auf, um ihre Forderung nach Kostenübernahme für Ersatzteile zu bekräftigen. Danach wurde eine Verschleißpauschale eingeführt. Aufgrund großer Hartnäckigkeit der Beschäftigten gelang es u. a. auch in Köln bei Smart Delivery (Juli 2017) und bei FoodTech (Februar 2018), Betriebsräte zu wählen.

## Hochschulstreik

Digitale soziale Medien spielten auch 2018 in England eine Rolle, als im Hochschulbereich ein großer Streik stattfand. Ab Februar 2018 streikten an circa 60 Hochschulen 40.000 Professorinnen und Professoren sowie andere Beschäftigte wochenlang gegen eine geplante Rentenreform, welche die Renten unsicher und zu einem Spekulationsobjekt machen sollte. Die GEW unterstützte die Proteste mit einer Delegation vor Ort.<sup>6</sup> Digitale soziale Medien spielten im Streik eine wichtige Rolle, wie ein Teilnehmer schreibt: »Wer weiß, ob es ohne Twitter funktioniert hätte. Abgesehen von regelmäßigen Rundmails mit Status-Updates findet die gesamte Organisation und Vernetzung auf

Twitter statt. Die Kommunikation ist offen – wichtig, weil jeden Tag Tausende Neulinge hinzustoßen (...) Mainstream-Medien bedienen sich direkt in unseren Feeds. (...) Abgesehen von neuen Erkenntnissen verbreitet sich auch der Enthusiasmus schnell. Streiken ist emotional anstrengend, aber zumindest ist man nicht alleine damit.«

Das sind nur einige von vielen Beispielen dafür, dass lohnabhängig Beschäftigte der Digitalisierung der Arbeit unter kapitalistischen Vorzeichen nicht hilflos ausgeliefert sind und dass sie ihrerseits digitale Mittel im Arbeitskampf für sich nutzen können. Verstärkter Erfahrungsaustausch darüber wird wichtig sein, um unter veränderten Bedingungen die kollektive Gegenwehr gegen bestehende und noch auf uns zukommende Verschlechterungen und Zumutungen wirkungsvoll organisieren zu können. Am Grundlegenden hat sich durch die Digitalisierung nichts verändert: Entscheidend sind im Arbeitskampf noch immer reale Menschen, ihr Engagement, ihr Zusammenhalten in den Betrieben, Unternehmen und Institutionen sowie ihre gegenseitige Solidarität weit darüber hinaus.



von Wolfgang Häberle

Mitglied der DDS-Redaktion

- 1 Ein entsprechendes Programm wurde an der TU Wien entwickelt, das zu einem »Startup« führte. Als Fallbeispiel wird ein Hafnarbeiterstreik in Indonesien angeführt, der angeblich bereits 18 Tage zuvor der Unternehmensleitung bekannt war. Angeblich kündigte sich der Streik über entsprechende Botschaften in den sozialen Medien an.
- 2 Atos ist einer der größten IT-Dienstleister mit Niederlassungen in mehreren Ländern.
- 3 Auf einem anderen Blatt steht die Frage der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit von einstündigen »Warnstreiks«, egal ob »analog« oder »digital«, welche ritualartig die Tarifverhandlungen begleiten.
- 4 »Gig-Ökonomie« ist u. a. ein Vorläufer und Testfeld für neue Formen der digitalen Arbeitskoordination und -kontrolle.
- 5 Vorherige Versuche, Unterstützung von den DGB-Gewerkschaften zu erhalten, liefen ins Leere. Die Rider\*innen wurden als angeblich nicht organisierbar hingestellt. Ein Teil von ihnen wandte sich daraufhin anderen, kleineren Gewerkschaften außerhalb des DGB wie der Freien Arbeiter\*innen-Union (FAU) zu. Nach anfänglicher Ablehnung und infolge erster Protesterfolge wurde die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) dann doch aktiv. Allerdings müssen sich Gewerkschaften, die sich nicht oder nicht genug für die an erster Stelle stehenden Lohnabhängigen interessieren, den Vorwurf gefallen lassen, »arbeiteraristokratisch« zu agieren.
- 6 Siehe E&W 4/2018

# Tarifrunde Länder ab Oktober 2021

## Mehr Geld und mehr Zeit



Streik während der letzten TV-L-Runde in Aschaffenburg

Das Wehklagen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) wird wie immer groß sein. »Es ist kein Geld da. Die Haushaltslöcher sind wegen Corona riesig. Weniger Arbeitszeit? Wo sollen die zusätzlichen Lehrkräfte herkommen?«, wird es heißen. Dass der Bund bisher die überwiegende Last der Hilfs- und Konjunkturpakete trägt, wird sie nicht interessieren. Sie wird zum Verzicht auffordern.

Doch die Zeichen für die Forderung der Beschäftigten nach mehr Geld und Zeit stehen gut: Die Arbeitslosen- und Kurzarbeitszahlen gehen zurück. Die Inflation steigt stärker als vor einem Jahr (aktuell 2 Prozent). Anders als 2020 gab es 2021 keinen Shutdown in den meisten Unternehmen. Hinzu kommt: Die unter dem Shutdown am meisten leidenden Betriebe tragen nur einen geringen Teil zur gesamten Bruttowertschöpfung (z. B. Gastgewerbe: 1,7 Prozent) bei. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird von verschiedenen Wirtschaftsinstituten schon für 2021 positiv und noch besser für 2022 eingeschätzt. Das gewerkschaftseigene Institut für Makroökonomie geht von 4,9 Prozent aus. Dazu dürften auch die Auflösung des bisherigen Nachfragerückstaus sowie die Hilfs- und Konjunkturpakete allein vom Bund (ca. 300 Mrd. Euro) beitragen. Somit erholt sich die Wirtschaft schneller als zunächst angenommen. Umfragen in der Industrie bestätigen dies. Es wird sogar vom schnellsten Wachstum seit den 90er-Jahren gesprochen.

Damit wird sich auch der Anstieg der Schuldenquote in Grenzen halten. Sie wird nach der Pandemie immer noch geringer als 2009/2010 nach der großen Finanzkrise ausfallen. Zusätzliche Schuldentilgung wäre angesichts negativer Schuldzinsen geradezu ökonomischer Unsinn. Zudem haben es Bund und Länder in der Hand, ihre Einnahmesituation zu verbessern (z. B. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einmalige Vermögensabgabe, sozial gerechtere Erbschaftsteuer).

Vor diesem Hintergrund wäre eine Nullrunde nicht nur unangemessen, sie wäre sogar kontraproduktiv! Mit einer Inflationsrate von derzeit 2 Prozent (lt. EZB voraussichtlicher Jahresdurchschnitt), einer auch in Pandemiezeiten gestiegenen Produktivität und einem steigenden Bruttoinlandsprodukt sind auch höhere Steuereinnahmen zu erwarten. Eine spürbare Erhöhung der Löhne und Besoldungen wäre nicht nur angemessen, sondern auch finanzierbar. Außerdem wird es Zeit, über die hohen Arbeitsbelastungen zu reden.

Die TdL wird dies alles in Abrede stellen. Umso mehr wird es auf den Einsatz der Kolleg\*innen ankommen,

dass die zusätzlichen Belastungen honoriert und ein Reallohnverlust ausgeschlossen werden. Wenn selbst im Herbst 2020 bei der Tarifrunde TVöD auch unter Coronabedingungen Protestaktionen und Warnstreiks möglich waren, dann sollten diese ab Oktober 2021 noch leichter umzusetzen sein. Dafür ist es wichtig, dass sich nicht nur die angestellten Kolleg\*innen aus den Schulen, Hochschulen und sozialpädagogischen Einrichtungen daran beteiligen. Auch die beamteten Kolleg\*innen sind aufgerufen, praktische Solidarität zu zeigen. Nur über aktive Tarifpolitik lassen sich bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne bzw. Besoldungen durchsetzen. Tarifverträge fallen nicht vom Himmel, sie müssen immer wieder erkämpft werden.



**von Anton Salzbrunn**  
Mitglied im Landesvorstand

### Zeitplan der Tarifrunde Länder:

Bis Ende Juli	Diskussion der Forderungen in der GEW Bayern
30.7.	Tagung der Landestarifkommission mit Forderungsempfehlung
24.8.	Tagung der Bundestarifkommission mit Forderungsbeschluss
1.10.	Ende der Friedenspflicht und erster Verhandlungstermin
ab 4.10.	voraussichtlich Start der Aktionen zur Tarifrunde



## Aktionstag: 150 Jahre § 218

Seit 1871, also seit 150 Jahren, ist der § 218 im deutschen Strafgesetzbuch verankert. Nach diesem Gesetz sind Schwangerschaftsabbrüche verboten und eine Straftat. Zu seinem traurigen Jubiläum fand am 15. Mai 2021, genau 150 Jahre nach der Gründung des deutschen Kaiserreichs und der Erstfassung des deutschen Strafgesetzbuches, ein Aktionstag in Form einer Rallye rund um den Münchner Georg-Freundorfer-Platz statt. Die Teilnehmer\*innen konnten verschiedene Stände besuchen und sich zu den Themen Verhütung, medizinische Vorgehensweisen eines Schwangerschaftsabbruchs, die prekäre Situation von Schwangeren und Frauen weltweit und die Politisierung des Uterus informieren.

Am Stand der GEW-Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe durften die Teilnehmenden bei einem Quiz ihr Wissen über sämtliche gesamtgesellschaftlich relevante Themen, wie z. B. den Gender-Pay-Gap, unter Beweis stellen. Es herrschte über die gesamte Zeit ein großer Andrang, das Infomaterial fand reißenden Absatz und zwei Lehramtsstudierende konnten direkt vor Ort für die GEW als Mitglieder gewonnen werden.



Klar wurde an diesem Tag vor allem eines: Das 150 Jahre alte, kaiserliche Gesetz ist nicht mehr zeitgemäß und darf nicht über das Schicksal von Schwangeren entscheiden.

von Michael Bayer

Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe, GEW München

## Lesekreis des Anti-Klassismus-Referats an der LMU bietet ersten Einblick

Das Sommersemester 2021 an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München sowie an den meisten deutschen Hochschulen findet weiterhin digital statt. Vor diesem Hintergrund scheint es umso dringlicher, soziale, wenn auch nicht physische Kontakte zwischen den Studierenden auszuweiten. Das Anti-Klassismus-Referat der LMU stellt sich genau dieser Problematik und bietet deshalb, mit Sitzungen über das ganze Sommersemester 2021 verteilt, einen Lesekreis zum Buch »Klassismus – Eine Einführung« von Andreas Kemper und Heike Weinbach an.

Das Anti-Klassismus-Referat der Studierendenvertretung (StuVe) der LMU versteht sich als Interessenvertretung derjenigen, die aufgrund ihrer Klassenherkunft und/oder Klassenposition von ungleichen Teilhabechancen und Teilnahmeressourcen betroffen sind. Das Referat erfüllt in dieser Grundausrichtung unterschiedliche Funktionen. Angeführt von Felix Gailingner als Referatsleitung und Mira Vaassen als seine Vertretung, versucht das Referat Öffentlichkeit für die sogenannte »vergessene« Form der Diskriminierung, primär im universitären Kontext, zu schaffen. Wir verfolgen Projekte wie den Lesekreis, Vernetzungsarbeit und Diskussionsveranstaltungen. Wir schreiben auch eigene Zeitschriftenbeiträge, immer mit dem Ziel, klassistische Diskriminierungsstrukturen und -praktiken in unserer Gegenwartsgesellschaft im Allgemeinen und in der Hochschule im Spezifischen bewusst zu machen.

Dem Lesekreis wohnen Studierende unterschiedlichster Studiengänge bei. Wir treffen uns alle zwei Wochen dienstags um 19

Uhr und diskutieren, tauschen uns aus und vernetzen uns. Nach den ersten Sitzungen ergeben sich bereits erste Erkenntnisse: Der Begriff Klassismus ist umkämpft. Viele von uns kannten den Begriff schon. Sie bringen teilweise auch persönliche Erfahrungen mit Klassismus in den Lesekreis ein. Für andere wiederum ist es ein neuer Begriff. Wieder andere assoziierten den Klassenbegriff bisher nur mit Karl Marx, Max Weber oder Pierre Bourdieu. Im Leseprozess wird nun immer klarer: Klassismus ist vielschichtig und auf individueller, kultureller und institutioneller Ebene wirkungsvoll. Wir fragen uns also, dem Klappentext des Buches folgend, auch, wieso Menschen in Armutsverhältnissen gewalttätiges Verhalten oder Alkoholismus stereotypisch unterstellt wird, wenn doch diese Phänomene in allen sozialen Klassen gleichermaßen vorkommen. Genau für solche Diskriminierungsformen, oftmals auch medial verstärkt durch Boulevardblätter wie die Bild-Zeitung, möchten der Lesekreis und das Referat an der LMU sensibilisieren.

An dieser Stelle möchten wir auch auf die mediale Präsenz des Referats hinweisen. So sind weitere Informationen und Veranstaltungshinweise auf der Homepage ([stuve.uni-muenchen.de/stuve/referate/anti-klassismus](http://stuve.uni-muenchen.de/stuve/referate/anti-klassismus)) und unter anderem auch auf unserem Instagram-Account ([antiklassismus.lmu](https://www.instagram.com/antiklassismus.lmu)) zu finden. Wichtig: Das Referat dient auch als Anlaufstelle bei Beratungsbedarf, also meldet euch gerne bei uns.

von Kilian Gremminger





Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im Juli 2021 erhält den LesePeter das Sachbuch

**Emily Hawkins und Lucy Letherland  
Atlas der Superlative**

Verlag Kleine Gestalten  
Berlin 2021  
85 S. • 29,90 EUR  
ab 8 Jahre  
ISBN: 978-3-96704-700-4

Der »Atlas der Superlative« wird nicht nur kleine Leser begeistern. Durch umfangreiche Recherchen ist ein spannendes Werk entstanden, das zu einer Weltreise zu den ganz verschiedenen Rekordhaltern einlädt. Es gibt einen Gewitterrekordhalter, einen Ort, an dem es in 260 Nächten im Jahr gewittert, eine unterirdische Stadt in 60 Metern Tiefe und viele andere Merkwürdigkeiten. Das großformatige Buch beeindruckt durch die eindrucksvoll präsentierten Farbillustrationen und seine informativen Texte.

Im August 2021 erhält den LesePeter das Bilderbuch

**Silvia & David Fernández und Mercè López  
Und danach.  
Gedanken über das große Jenseits**

Übersetzung aus dem Spanischen:  
**Alexandra González-Calatayud**

Bohem Press • Münster 2021  
52 S. • 18,00 EUR  
ab 4 Jahre  
ISBN: 978-3-95939-096-5

Die Tiere des Zirkus sind ständig Gefahren ausgesetzt. Kein Wunder, dass sie sich Gedanken über den Tod und das »Danach« machen. Im Buch werden unterschiedliche kulturelle, religiöse und philosophische Vorstellungen vom Jenseits, die zur individuellen Auseinandersetzung anregen, besonders ästhetisch aufgezeigt.



**Superreiche zur Kasse!  
Für die Kosten der Krise!**

Demo, Kundgebung und Kulturprogramm:

**17.7.2021 in München**

**10 Uhr Stachus:** Demonstration zur Theresienwiese, von linken Gewerkschaftskreisen organisiert

**11 Uhr Theresienwiese:** Kundgebung, vom Bündnis »Superreiche zur Kasse« organisiert

Hauptredner:  
**Christoph Schmitz**, ver.di Bundesvorstand und Kulturprogramm

Für die Rettung der Wirtschaft gab der Staat Milliarden Euro in die Hand der Unternehmen, die den Aktionär\*innen trotz staatlicher Unterstützung Dividenden ausschütten durften. Wir müssen dafür sorgen, dass die immensen Krisenlasten nicht auf den Rücken der Beschäftigten und ökonomisch Schwachen abgewälzt werden. Sehr Reiche und Krisengewinner wie u. a. Amazon, die deutsche Post DHL Group und die Pharmaindustrie müssen zahlen!

Kommt daher alle zu den Aktionen unter den zentralen Forderungen:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Profite der Krisengewinner angemessen besteuern
- eine mehrjährige Abgabe auf die großen Vermögen zur Finanzierung der Krisenkosten

Anzeige



**Von hier an geht es aufwärts!**

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221 / 39 39 30**

Gunzenbachstr. 8  
76530 **Baden-Baden**

**www.leisberg-klinik.de**

**GEW und Medien**

**Pressemitteilungen der GEW Bayern im Mai 2021**

- GEW Bayern begrüßt: Kindgerechtes Ankommen statt Notendruck – PM 39 v. 11.5.2021
- GEW Bayern kritisiert: Politischer Wahlkampf auf Kosten der Gesundheit – PM 40 v. 12.5.2021
- GEW kritisiert: Desaströse Informationspolitik des Kultusministeriums – PM 41 v. 12.5.2021
- GEW: Nachbesserung bei Testkonzept für Kita-Kinder – PM 42 v. 28.5.2021

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

## Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

**Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (\*) ersetzt.**

### Altötting/Mühlendorf Treffen nach Vereinbarung. \*

Kontakt: Jochen Peters, ☎ 08639 5330, jochenpeters8@aol.com oder Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

**Aschaffenburg/Miltenberg** \* Kontakt: Monika Hartl, ☎ 069 22220939 mail4moni@gmx.de

**Augsburg** Termine/Infos: gew-augsburg.de, Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Tobias Bevc, info@gew-augsburg.de

### Bad Tölz/Wolfratshausen

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr  
Kontakt: Gisa Pfner-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

**Bamberg** Aktuelles: www.bamberg.gew-oberfranken.de  
Kontakt: ☎ 0951 67888, ba@gew-oberfranken.de

**Bayreuth/Kulmbach** Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 18.30 Uhr, Gaststätte »Die Lausk«, Bayreuth, Hoffmann-Von-Fallersleben-Str. 24  
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

**Coburg** jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg  
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 09566 808060, schmitt.behling@t-online.de

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim  
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00-19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,  
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de, www.gew-erlangen.de

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr Vogelgässler, Vogelstr. 16  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

**Freising** \* Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

**Fürstenfeldbruck/Dachau** \* Kontakt: Margot Simoneit ☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

**Fürth** Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth am Mittwoch von 14.15 - 16.15 Uhr  
Kontakt: ☎ 0911 6589010, gew-mittelfranken@nefkom.net

**Hof-Wunsiedel** Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de  
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Schrobenhausen** offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag im Monat ab 17.30 Uhr im Café Maximilians, Schäffbräustr. 23, Ingolstadt  
Kontakt: Gabi Gabler, g.gabler@gmx.net

**Kempten/Oberallgäu** Treffen jeden 1. des Monats (außer in den Ferien)  
Kontakt: Tian Walter, gew.kemptenoberallgaeu@gmail.com

**Landshut** \* Kontakt: Veronika Lackerbauer, veronika.lackerbauer@gew.bayern

**Lindau** \* Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183 • gew-gerold@web.de

**Main-Spessart** \* Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

**Memmingen/Unterallgäu** \* Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** \*  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

**München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen**  
Termine: gew-muenchen.de  
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

**München Fachgruppe Gymnasien** \* Kontakt: Michael Hatala, ☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**  
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/  
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Realschulen** \* Kontakt: Michael Hemberger, hembergermichi@gmail.com

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: www.gew-muenchen.de  
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**  
Treffen nachfragen \* sozpaed@gew-muenchen.de  
Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende**, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

**München AK Personalräte und Vertrauensleute**  
monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, \*  
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

**München AK Union Busting** \*  
Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)**  
\* Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

**München GEW-Seniorinnen und Senioren**  
Jour-fixe-Termine nachfragen \*  
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

**Neumarkt/Oberpfalz**  
Treffen: Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: sigrid-schindler@web.de

**Neu-Ulm/Günzburg**  
Treffen: monatlich, \* Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396, ulrich.embacher@gmail.com

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** \*  
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

**Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen**  
Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de  
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 0911 301491, werner\_reichel@web.de

**Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**, Monatliche Treffen.  
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**  
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.sopaed.net  
Kontakt: K. Hübner, khoebner@arcor.de, B. Frey: benifrey@posteo.org

**Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen** \*  
Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

**Nürnberg Büro für Lebenserfahrung**  
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de  
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

**Nürnberger Land** \* Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

**Passau/Östliches Niederbayern** Treffen alle zwei Monate  
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Stefanos, Bruderwörthstr. 15, Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 16.00-17.00 Uhr im Büro Richard-Wagner-Str. 4/1, rückw.  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

**Roth/Schwabach/Hilpoltstein** \*  
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

**Schweinfurt** jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755, manfred.schwinger@asamnet.de

**Weiden** jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten \*  
raul.vitzthum@gew.bayern, Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

**Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen** \*  
Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789  
wm-sog-gap@gew.bayern

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino  
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

**Würzburg** monatliche Treffen, \*  
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg  
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de